

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stauffschreiberstr. 34/35 (Sprache: 5-8 Uhr)
Telefon: Amt Vorplatz 18299

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin S 14
Stauffschreiberstr. 34/35 (Telefon: Vorplatz 18299)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.- Mfr. für Wohnungsernen sämtliche Postgebühren entgegen, Bezugspreis 10.- Mfr. monatlich. Bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland und Österreich 16.50 Mfr., als Brief 50.- Mfr. für Ausland unter Streifenband 21.50 Mfr., als Brief 70.- Mfr. bei einmaliger Zustellung.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die regelmäßige Nonparcille oder deren Raum mit 4.- Mfr. Familien- und Organisationsangelegenheiten 2.50 Mfr. netto. Kleine Anzeigen: Das fettschwarze Wort 1.50 Mfr., jedes weitere Wort 1.10 Mfr., bei Familien- und Organisationsangelegenheiten das fettschwarze Wort 2 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. netto.

Sowjetrußland rettet die Volkstommiffare.

Horvath-Ungarn zu Verhandlungen bereit.

Moskau, 29. Dezember. (Funknachricht.) Der ungarische Minister des Äußeren Telek hat an den russischen Volkstommiffar für auswärtige Angelegenheiten Tschitschew eine Note gerichtet, in der er dagegen verwahrt einlegt, daß die Kriegsgefangenen ungarischen Offiziere als Geiseln für die ungarischen Volkstommiffare in Rußland zurückgehalten werden, und mittelst, daß die ungarische Regierung bereit sei, Verhandlungen über das Schicksal der in Budapest verurteilten Volkstommiffare anzubahnen, von den Leiden der ungarischen Gefangenen ein Ende zu setzen. Die russische Regierung wird aufgefordert, Zeit, Ort sowie Vertreter für diese Verhandlungen zu bestimmen.

Was die entworfenen Kundgebungen und die papierenen Proteste einzelner Parteilisten und ganzer Organisationen in allen Ländern nicht vernachlässigen: dem Willen der Horvath-Führung einen Damm zu setzen, der unbeschränkten Fortführung der weiskerristischen Morbiditäten Einhalt zu gebieten, ist dem tatkräftigen, aber nicht sentimental am Eingreifen Sowjetrußlands in kurzer Frist gelungen. Während in England, Frankreich und Deutschland von den bürgerlichen und sozialistischen Parteilisten Wohlthatigkeitsvorstellungen veranfaßt und geharnischte Aufrufe erlassen wurden, in denen aber zugleich jeder Terror und jede Gewalttat verdammt wurde, während die Umferdamer Gewerkschaftsinternationale sich schämen der zerschmetterten Durchführungen und leichten Herzens zum Abbruch der Doppeltkommunisten aufwarf, hat Sowjetrußland gehandelt: Kriegsgefangene ungarische Offiziere aus den höchsten Adelsfamilien wurden befreit und eine Note Tschitschew's erklärte, daß das Schicksal dieser Geiseln rußlos und unerlöschlich an das Schicksal der verurteilten Volkstommiffare gebunden sei. Das war gewiß ein Akt des revolutionären Terrorismus, den die menschenwürdigen Pflichten, Ledebour und die Apostel der Gewaltlosigkeit verurteilen werden, aber er führte zu dem Ziel, das Blutvergießen durch die ungarischen Mordeuben zu verhindern, das Leben ihrer kommunistischen und sogar auch ihrer sozialdemokratischen Opfer zu retten, — ein Ziel, das die Ledebour und Konjorten, niemals erreichen konnten, indem sie Kundgebungen veranstalteten, aber zugleich das deutsche Handelsabkommen mit Serby-Ungarn im deutschen Reichstag annehmen. Ebenjenerlei wird ein „Auftrag“ hervorragender Männer der europäischen Kulturwelt“ fruchten, den das heutige „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, und der unter anderem die Unterchriften Senderons, Konguets, Renaudels, Bambergebels, Hüpfmans, Ebd Hümpen, Lujars, Schüldings, Einsteins, Mikolais, Garbens, Regiens, Ledebours, Crispiums, Süßerdings, Weißschelds, Bernsteins und Scheidemanns trägt.

Dieser Aufruf sucht die verurteilten Volkstommiffare zu retten, mit dem Hinweis, daß mehrere von ihnen „mit allem ihren Einfluß alle terroristischen Maßnahmen bekämpften“ und an der Regierung nur mitarbeiteten, um einen mächtigen Einfluß auf die links stehenden Kommunistischen Führer zu nehmen“, d. h. um die ungarische Räuberherrschaft zu sabotieren. Dieser Verrat der sozialdemokratischen Volkstommiffare Räteungarns hat sie nicht von der Verurteilung

zum Tode durch Horvath gehahrt, dessen ungewollte Schritte, macher sie selbst waren. Heute sind es die von ihnen einst offen und bereit bekämpften „terroristischen Maßnahmen“, der Kommunisten, die ihnen das Leben retten, nachdem alle europäischen Proteste ohnmächtig blieben.

Es ist zwar interessant, daß Crispian und Ledebour bereits in die Reihen der bürgerlichen, hervorragenden Männer der europäischen Kulturwelt“ aufgeführt sind, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß sie, die Parteilisten, durch ihr wüßtes Geschimpfe über den Terror der Kommunisten, durch ihren antivolkswirtschaftlichen Fehlgang durch ihre Unterführung der Umferdamer Gewerkschaftsbürokratie objektiv Horvath und seinesgleichen in allen Ländern gestützt, in den weissen Terror gestärkt, den Kampf gegen die Parteilisten der ungarischen Arbeiter gekemmt haben, während die „Mastauer Terroristen“ durch konsequente und entschlossene Anwendung aller Gewaltmittel auch im internationalen Maßstabe zum ersten Male einen wirklichen Fehlgangstrahl altüber Solbarrität in die Höhe des gequälten, vergezwängelten ungarischen Proletariats senden konnten, zum ersten Male, nicht mit Friedenspalmen, sondern mit der gepanzerten Faust einer revolutionären Staatsgewalt der Konterevolution das schon erprobene Geneserthier aus der Hand geschlagen haben.

Moskau, 2. Januar 1921. (Privattelegramm der „Roten Fahne“ über Stockholm.) Tschitschew fandte eine Note an den ungarischen Außenminister Telek, in der er dessen Verhandlungsvorschlag über das Schicksal der verurteilten Volkstommiffare annimmt. Als Verhandlungsort ist Neval, als Unterhändler ist von russischer Seite Genosse Litwinow in Aussicht genommen.

Der VIII. Sowjetkongress.

(Privattelegramm der „Roten Fahne“.)

Moskau, 1. Januar 1920. Der Kongress hat das Defekt über Volkswirtschaftsorgane angenommen. Rykow betont in seinem Referat die Wichtigkeit der Planwirtschaft in der Großindustrie, Kohlen- und Metallproduktion. Im Verlauf der weiteren Sitzung wird die teilweise Demokratisierung der Industrie durch den Sowjetkongress bewilligt. Bis Mitte Sommer wird die Arme unter die Kontrolle der Volksherrschaft übergeben. Selbständige Demokratisierung wird jedoch von der politisch-militärischen Lage abhängig gemacht.

Diese Maßnahme widerlegt das Gerücht Simons und seiner getauften Verbündeten von der französischen Konterevolution von Rußlands Absichten Polen zu überfallen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Dresden, 3. Januar. (Privattelegramm der „Roten Fahne“.) Die hiesigen Eisenbahner haben sich mit 2/3 Mehrheit für den Streik erklärt.

London, 1. Januar. Daily Chronicle schreibt in seinem Leitartikel, Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärs ihre Kräfte sammeln, um wieder die Führung in Deutschland an sich zu reißen. Die absehbende Faltung der Berliner Regierung in der Entwaffnungsfrage sei weniger auf bösen Willen als auf Furcht zurückzuführen. Die Militärs müßten es vermeiden, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verringern, aber damit sei nicht gesagt, daß man angesichts der deutschen Armut im Hinblick auf die zukünftigen Zahlungen ein Auge zudrücken solle.

Paris, 2. Januar. In einem Artikel des Zeit Journal heißt es, wenn die Sachverständigen erkennen würden, daß Deutschland sei im Innern nicht genügend verteidigt, dann müßte man ihm eine stärkere Polizei bewilligen. Allerdings dürfe man die Lage nicht zu pessimistisch beurteilen, denn tatsächlich sei Deutschland schon jetzt mehr entwaffnet, als es jemals seit dem 30-jährigen Krieg gewesen sei. Dieses ungeheure Reich habe weniger Soldaten und Kanonen als Griechenland und Portugal.

Auf gut Deutsch besagen diese Ausführungen nichts weiter, als einen Wink an die deutsche Bourgeoisie, alles daranzusetzen, um ihren finanziellen Verpflichtungen an die Entente nachzukommen, wofür man dann geneigt wäre, ihre Klüften unangefastet zu lassen. Die deutsche Bourgeoisie wird diese Wink sicher nicht unbeachtet lassen und wird es schon verstehen, der Entente klar zu machen, daß, je mehr sie, gestützt auf ihre weissen Horben, die Macht in Händen behält, um die deutsche Arbeiterklasse fertig zu machen, je desto eher in der Lage sein wird, aus ihnen den Tribut an den Ententeimperialismus herauszupressen, ein Argument, dem sich die Entente-Bourgeoisie ebenso sicher nicht verschließen wird.

Aufgabe des Proletariats ist es, diesen Kuhhandel um seine eigene Haut beizugehen zu erkennen, und sich dagegen zu stemmen; zumal das Proletariat in den Entente-Ländern hat alle Ursache, ein wachsendes Auge auf die Maßnahmen seiner Regierungen zu haben, und ihnen jede Unterstützung zu verweigern, und auch trotz der so blauschieligen gegenseitigen Entwaffnungsabsicht der Entente-Regierungen gegen die deutsche Bourgeoisie, stets sich vor Augen zu halten, daß eine Straße der anderen die Augen nicht ausspart.

Die Entwaffnung und der Aufmarsch gegen Sowjetrußland.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung noch unmittelbar vor Jahresende eine Sondernote übergeben, die, wie das nur der Brauch des Kabinetts Fehrenbach geworden ist, noch zurückgehalten wird, bis sie zugleich mit der Antwort der deutschen Regierung erscheinen kann. Diese Art der Behandlung läßt darauf schließen, daß die Note ziemlich starkes Lob ist, und ferner, daß die Regierung Zeit sucht, um hinter den Kulissen allerlei diplomatische Manöver vorzubereiten.

In welcher Richtung diese Manöver zielen, geht klar genug hervor aus der Stimmungsmache der offiziellen Nachrichtenbüros, wonach der Schritt der Militärkommission in England als peinliche Liberalisierung empfunden worden sei und wonach von englischer Seite erwogen werde, die Militärkommission, in der der französische Einfluß vorherrscht, der Vorschaltkonferenz zu unterstellen, in der der englische Einfluß vorwiegt. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands soll aus den Händen der Militärkommission genommen und dem Obersten Räte überwiegen werden, der frühstens Ende dieser Woche zusammentreten soll.

Indessen sehen sich die Nachrichtenbüros auch genötigt, eine Aufzählung des „Daily Chronicle“, des Sprachrohrs von Lloyd George, wiederzugeben, die besagt, Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärs ihre Kräfte sammeln, um wieder die Führung in Deutschland an sich zu reißen. Die Militärs müßten es vermeiden, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verringern, aber damit sei nicht gesagt, daß man angesichts der deutschen Armut im Hinblick auf die zukünftigen Zahlungen ein Auge zudrücken solle. Wenn Deutschland nicht tatsächlich entwaffnet und entmilitarisiert werde, seien künftige weder Zahlungen noch sonst irgend etwas von ihm zu erwarten.

Die Sprache der französischen Noten und der französischen Presse ihrerseits läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die letzte französische Note zählt alle Punkte auf, die von Deutschland in Spa übernommen und nicht erfüllt worden sind: Die Nichtentwaffnung der Einwohnerwehren, die vertragswidrige Weiterführung der Aufstellungsstellen der Reichswehr, die nicht vollständige Ausrüstung der beschlagnahmten Gewehre und sonstigen Waffen, das Weiterbestehen der Sicherheitswehr, die ungenügende Abrüstung der Festungen.

Die französische Presse greift den Tagesbefehl der Reichswehr auf, von dem sie sagt, daß neben dem geschicklichen Schwert nur das trodene Pulver fehle, um an Wilhelm II. zu erinnern. Der Tagesbefehl bemerkt, daß die Reichswehr als Grundlage für ein nationales Heer aufgeführt werde. 100 000 Mann seien ebensovielen Offiziere und Unteroffiziere, die, wenn der Tag gekommen sei, die verschärfenden Polizeiorganisationen, wie die Orgehef und Orka aufnehmen könnten. Die französische Presse droht wieder einmal mit der Weisung des Aufrückens und anderen Repressalien.

Ungeachtet geht in der Entwaffnungsfrage die Zwitterrolle von Frankreich aus. Daraus folgt aber nicht, daß die französische Politik sich in einem ernsthaften Gegensatz zu der englischen befindet.

Der französische Vorstoß steht in der engsten Verbindung mit den Angriffsplänen der Entente gegen Sowjetrußland. Deutschland muß so oder so als Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland geachtet sein. Die deutsche Regierung muß verhindert werden, irgendwelche Ertraktate aufzuführen. Der Handgriff dazu, um die deutsche Regierung in ein williges Werkzeug der Ententepolitik gegenüber Sowjetrußland zu verwandeln, ist eben die Entwaffnungsfrage.

Die Frage, um die es sich dabei für die deutsche Bourgeoisie dreht, ist die: wird sie als einfacher Landbesitzer der Entente sich ihren Hilfstruppen einfügen, oder wird sie die Rolle eines jüngeren Partners spielen, der für seine Hilfsleistung auf eine greifbare Entschädigung rechnen kann.

Es ist offensichtlich, daß in dieser Frage die deutsche Bourgeoisie gespalten ist. Ihr Kabinetts Fehrenbach und wohl auch in der Mehrheit der Bourgeoisie ist heute die Tendenz faulstichig erkennbar, sich der Entente als Gegen gegen den Bolschewismus anzubieten und natürlich zu einem möglichst guten Preis.

Die bürgerliche Presse hat diesen Strömungen seit Wochen durch ein planmäßiges Lügengeheule über Sowjetrußland vorgearbeitet. Seit Wochen ist die kapitalistische Presse voll von Nachrichten über angebliche Angriffsbahnen Sowjetrußlands zum Frühjahr. Und die Regierung Fehrenbach unterstüßt diese Hege, indem sie die stärkere Bewaffnung der ständigen Grenzstellungen verlangt.

Der neue Angriff gegen Sowjetrußland, daß ist also der Hintergrund der Entwaffnungsfrage. Es handelt sich für die deutsche Bourgeoisie dabei am letzten Ende nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Nehmt die deutsche Bourgeoisie in dieser Frage das entscheidende Wort, so wird die Entscheidung immer ihre Spitze kehren gegen Sowjetrußland und gegen das deutsche Proletariat.

Es ist klar, daß das deutsche Proletariat eine durchaus selbständige Politik einschlagen muß, selbständig sowohl gegen

Um die Entwaffnung.

Die letzten WSA-Meldungen in der Entwaffnungsfrage enthalten in der Hauptache englische Kommentare zum letzten Notenwechsel. Aus ihnen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die englische Regierung das Bestreben besitzt, bremsend auf das französische Vorgehen einzuwirken, und eine bilatorische Behandlung vorzuziehen geneigt ist.

Herfür spricht folgende Meldung. Paris, 2. Januar. In einem Sabastelegramm aus London wird festgestellt, daß der französische Vorschlag gegen die englischen Regierung den Letzt der letzten Note über die Entwaffnung mitgeteilt habe. Die englische Regierung erwarte nunmehr noch den Bericht des Marschalls Koch. Die Angelegenheit werde jedenfalls zu Beginn der Woche erneut von dem Ministerrat geprüft werden. In englischen diplomatischen Kreisen sei man einmütigen erlaunt darüber, daß die Angelegenheit in so kurzer Zeit aufgerollt wurde und daß die Konstantinopelmission in Deutschland bis zum 23. Dezember erwartet habe, um von der vertriebenen Lage Kenntnis zu geben.

Engländerseits faßt man sogar ins Auge, zu verlangen, daß die Kontrollkommission unter die Kontrolle des Vorschalters gestellt werde, damit man in Zukunft Hinweise und Anmerkungen lange vor dem Vorkauf erhalten kann, wie es jetzt geschieht, sich gewissermaßen am Vorabend der Ereignisse nachträglich zu sehen. Man verteidigt die Meinung, daß die Engländer Zeit haben wollten, die Frage zu studieren und darüber nachzudenken, damit nichts überstürzt werde. Man glaube deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und des japanischen Vorschalters in Paris nicht vor Ende kommender Woche ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei zu ernst, um vor der Vorschaltkonferenz beraten zu werden, sie müsse dem Obersten Räte überwiegen werden.

Es ist bezeichnend für die eigentlichen Absichten, die hinter den Entwaffnungsforderungen stehen, sind folgende Meldungen:

